Abendausgabe

Nr. 24 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 12

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag
15. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Schwierige Regierungsbildung.

Streit zwischen Demokraten und Volkspartei.

Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte geschäftsführende Reichskanzler Dr. Luther hatte heute mittag eine Besprechung mit den Führern der Parteien der Mitte, die um 12 Uhr begann und schon um ¾1 Uhr ergebnislos abgebrochen wurde. Der Streit dreht sich nach wie vor um die Besetzung des Innenministeriums. Die Volkspartei hält zäh und hartnäckig an dem Wunsche fest, neben dem Außenministerium auch das Innenministerium zu besetzen. Dagegen hält die Demokratische Partei mit ebenso großer Entschiedenheit daran fest, daß sie sich an der Regierungsbildung nur dann beteiligen könne, wenn ihr eines der wichtigen Ministerien, wie das Innenministerum zufalle.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz hat an Dr. Luther einen Brief geschrieben, in dem er den Wunsch ausspricht, wegen allzu starker persönlicher und politischer Abnutzung bei der Kabinettsbildung auszuscheiden. In ähnlicher Weise hat sich bekanntlich auch Reichswehrminister Dr. Geßler geäußert. Ob die Versuche, ihn zu halten, Erfolg haben werden, soll sich heute nachmittag entscheiden.

Hindenburg und Scholz.

Ein Gespräch über die Große Koalition.

Die „Kölnische Volkszeitung", das rheinische Zentrumsblatt, läßt sich aus Berlin melden:

Daß die Deutsche Volkspartei bei den Verhandlungen über die Große Koalition eine auffallende Zurückhaltung an den Tag gelegt hat, ist von uns wiederholt festgestellt worden und kann auch nicht bestritten werden. Sie hat für diese Regierungskombination so gut wie gar keine Initiative entfaltet. Dagegen wird uns ein eigenartiger Vorfall bekannt, der dringend der Klarstellung bedarf. In den Wandelgängen des Reichstages spricht man davon, daß am Montag der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, beim Reichspräsidenten v. Hindenburg gewesen sei, und zwar nicht etwa, um sich für die Große Koalition einzusetzen, sondern um dem Reichspräsidenten eine wohlvorbereitete Rede von etwa zwanzig Minuten zu halten, die alle Bedenken gegen die Große Koalition meisterhaft zusammentrug. Herr Scholz hat sich eine Abfuhr geholt; er hat sich darüber belehren lassen müssen, daß der Reichspräsident fest auf dem Standpunkt stehe, die Herbeiführung der Großen Koalition sei im Interesse des deutschen Volkes unbedingt erwünscht. Was sagt die Deutsche Volkspartei dazu?

Ganz abgesehen von dieser Unterhaltung, dürften das Zentrum und die Demokraten auch schon aus den gegenwärtigen Verhandlungen über die Regierung der Mitte ersehen, daß die Volkspartei mit ihrer beharrlichen Neigung zur Rechtspolitik im sozialdemokratischen Beschluß vom 12. Januar ganz richtig gekennzeichnet war.

Auswärtiger Ausschuß und Besatzungsstärke

Eine Entschließung.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags setzte die Beratungen über den Stand der Auswirkungen von Locarno fort. An der Aussprache beteiligten sich die Abgg. v. Rheinbaben (DVp.), Dr. Rosenberg (Komm.), Dr. Breitscheid (Soz.), Graf Bernstorff (Dem.), Graf Lerchenfeld (B. Vp.), v. Graefe (Völk.), Graf Westarp (dnatl.), Dr. Kaas (Zentr.) und Landsberg (Soz.). Zum Schluß wurde mit allen Stimmen gegen die eine Stimme des Abg. v. Reventlow (Völk.) bei Stimmenthaltung der Kommunisten folgende Entschließung des Abg. Freiherrn v. Rheinbaben (D. Vp.) angenommen:

„Der Ausschuß nimmt in einer Debatte über die Auswirkungen der Vertragswerkes von Locarno von den Pressenachrichten Kenntnis, wonach der Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschlossen haben soll, die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone auf etwa 75 000 Mann festzusetzen. Eine Verwirklichung dieses Beschlusses würde berechtigte deutsche Erwartungen auf das stärkste enttäuschen. Sie würden nicht nur die in früheren langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten bereits erzielten Ergebnisse (Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925: Erhebliche Herabsetzung der Besatzungsstärke auf annähernd normale Stärke — Chiffres normeaux d. h. annähernd deutsche Friedensstärke) wieder umstoßen, sondern überhaupt in krassen Widerspruch zu der politischen Lage stehen, wie sie durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno geschaffen werden sollte.

Der Auswärtige Ausschuß richtet auch im Hinblick auf weiter bevorstehende außenpolitische Entscheidungen das nachdrückliche Ersuchen an die Reichsregierung, ihre augenblicklichen Bemühungen um Herabsetzung der fremden Besatzungsstärke auf die Zahlen der früheren deutschen militärischen Belegung (45 000 bis 50 000 Mann) und um eine dem Zweck des Vertragswerkes von Locarno entsprechende Regelung des Besatzungsregimes auf das energischste fortzusetzen und dem Auswärtigen Ausschuß baldmöglichst von dem Erfolg ihrer Schritte Mitteilung zu machen."

Um die Kurzarbeiterunterstützung.

Ein Gesetzentwurf der Regierung verlangt.

Der soziale Ausschuß des Reichstags stimmte zu Beginn seiner Beratungen am 14. Januar dem Antrag des Unterausschusses zu, das Gesetz über die Einbeziehung der Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge am Freitag im Plenum des Reichstags in allen drei Lesungen zu verabschieden.

Alsdann sollten die noch unerledigten Anträge über die Kurzarbeiterunterstützung beraten werden. Die Vertreter des Reichsarbeits-, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums gaben wiederum die bekannte Erklärung ab, vor der Bildung einer neuen Regierung keine Stellung nehmen zu können. Genosse Hoch wies diese dauernden Verschleppungsversuche mit aller Entschiedenheit zurück und erreichte, daß in die Beratungen eingetreten werden mußte. Genosse Aufhäuser begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der obligatorischen Kurzarbeiterunterstützung, wonach Arbeiter, die weniger als drei Viertel ihres vollen Arbeitsverdienstes erreichen, 40 Prozent des Unterschiedes zwischen ihrem erhaltenen Verdienst und dem vollen Arbeitsverdienst, zuzüglich zehn Prozent für jeden Familienangehörigen an Kurzarbeiterunterstützung erhalten sollen. Er widersprach den Einwänden, als würde der sogenannte Gesundungsprozeß der Wirtschaft dadurch aufgehalten. **Man könne nicht verlangen, daß die Kurzarbeiter für die Inflationssünden der deutschen Industrie hungern sollen.** Er forderte die übrigen Parteien auf, ihre noch vorliegenden Anträge gleichfalls zu begründen. Dem kamen jedoch nur der Abgeordnete Ziegler (Dem.) und Frau Teusch (Z.) nach, während die übrigen Parteien darauf verzichteten, auch nur noch zu den von ihnen selbst im Dezember gestellten Anträgen zu sprechen. Frau Teusch wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die Ausführungen der Regierungsvertreter aus dem Reichswirtschafts- und dem Reichsfinanzministerium, die immer nur von der Tragfähigkeit der Unternehmungen sprechen und den Wert der menschlichen Arbeitskräfte für die Wirtschaft außer acht lassen.

Schließlich wurde ein Antrag angenommen, **wonach die neue Regierung aufgefordert wird, dem Reichstag schnellstens einen Gesetzentwurf zur Regelung der Kurzarbeiterunterstützung vorzulegen.** Es war bezeichnend, daß selbst diese bescheidene Willenskundgebung des Ausschusses bei drei Stimmenthaltungen zustande kam. Die Deutsche Volkspartei hatte es nicht vermocht, auch nur diesem Antrag zuzustimmen.

Am Freitag wurde ein kommunistischer Antrag beraten, der die Aufhebung der Karenzzeit in der Erwerbslosenfürsorge verlangt. Die Antragsteller äußerten sich zunächst nicht, dagegen wies Genosse **Dißmann** an Hand umfangreichen Materials darauf hin, daß die in der Verwaltungspraxis geübte Verkürzung der Wartezeit von einer Woche auf drei Tage nicht genügt. Er begründete einen Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, wonach bei Unterstützungsempfängern, die seit mindestens einer Woche erwerbslos sind, jede Karenzzeit in Wegfall kommen soll. Die bürgerlichen Parteien zeigten wiederum eine völlige Teilnahmlosigkeit. Lediglich Frau Teusch (Z.) erklärte, daß es zweckmäßig sei, die Fristenregelung für die Kurzarbeiterunterstützungs für die Unterstützung bei Werkbeurlaubung und für die Unterstützung der Vollerwerbslosen einheitlich zu regeln. Sie beantragte deshalb Zurückstellung der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag. Dem stimmten die bürgerlichen Parteien zu. Genosse **Aufhäuser** begründet alsdann den sozialdemokratischen Antrag, wonach den Erwerbslosen die Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt werden soll. Es käme darauf an, in der jetzigen Krise alle Erwerbslosen zu erfassen, während zurzeit etwa 500 000 Ausgesteuerte auf die Armenfürsorge angewiesen sind. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschließung des Zentrums, worin die Regierung ersucht wird, die Arbeitsämter anzuweisen, von der Möglichkeit einer Verlängerung der Unterstützung auf 39 bzw. 52 Wochen soweit wie möglich Gebrauch zu machen.

Preußen im Reichsrat.

Gemeinsamer Abänderungsantrag bei der dritten Lesung.

Der Landtag ging heute zu Beginn der Sitzung an die dritte Beratung der Novelle über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. Dem Hause ist ein Aenderungsantrag zugegangen, der von den Sozialdemokraten, der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten unterstützt wird, und der zugleich die einheitliche Stimmabgabe sicherstellen und den Wünschen der Provinzen Rechnung tragen soll. Der Aenderungsantrag bestimmt, daß das Ergebnis der Vorberatung durch Mehrheitsbeschluß festgestellt wird. Bei der Beratung mit dem Staatsministerium werden die Stimmen der Staatsminister oder ihre Stellvertreter einzeln abgegeben, wobei jede Stimme eines Ministers oder seines Stellvertreters mit der Zahl der gewählten Mitglieder und jede Stimme der gewählten Mitglieder mit der Zahl der Minister vervielfacht wird. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Ministerpräsidenten oder seines Stellvertreters den Ausschlag.

Neue Fälscherverhaftungen.

Budapest, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wurde im Zusammenhang mit den Notenfälschungen auch der Generaldirektor der Postsparkasse, der zugleich Vorsitzender des Verbandes der gesellschaftlichen Vereinigungen ist, seines Amtes enthoben. Es wird ihm zur Last gelegt, aus dem Fonds seines Verbandes Geld für die Frankenfälschungen zur Verfügung gestellt zu haben. Diesem Verband sind 47 rechtsradikale Vereinigungen des Landes angeschlossen.

Der im Zusammenhang mit den Fälschungen bereits vielfach genannte Feldbischof Zadravec, der oberste Vorgesetzte der Militärgeistlichkeit Ungarns, ist am Donnerstag in seiner Wohnung unter polizeiliche Bewachung gestellt worden. Es scheint nunmehr einwandfrei festzustehen, daß er längere Zeit in seiner Wohnung eine Kiste mit falschen Frankennoten aufbewahrt hat.

Interessant und bezeichnend ist eine Aeußerung des Oberhofmeisters des Erzherzogs Otto, in der er sein Erstaunen darüber ausdrückt, daß bisher nur 19 Personen verhaftet worden sind. Nach seiner Auffassung müßten mindestens 250 Verhaftungen in den politisch führenden Kreisen des Landes vorgenommen werden.

Soziale Fragen Japans.

Arbeiterpartei und Arbeitsgesetzgebung.

(Von unserem japanischen Korrespondenten.)

Tokio, Mitte Dezember.

Der Versuch, eine japanische Arbeiterpartei zu gründen, ist von der Polizei vor einigen Wochen unterdrückt worden. Zugleich hat die japanische Regierung die Vorlagen einiger Arbeitsgesetze veröffentlicht, die von dem ersten Entwurf des Sozialamtes in grundsätzlichen Punkten stark abweichen und den maßgebenden Einfluß verraten, der von den Unternehmern auf ihre Gestaltung ausgeübt wurde. Diese beiden Tatsachen geben eine Vorstellung von der Atmosphäre, in der sich die Entwicklung der japanischen Arbeiterbewegung und der japanischen Sozialpolitik vollzieht.

Der erste Versuch, eine proletarische Partei in diesem Lande zu gründen, geht auf das Jahr 1920 zurück, wo eine Anzahl von Intellektuellen und aufgeklärten Arbeitern sich zu einem „Sozialistenbund" zusammenzuschließen versuchte. Die Polizei fuhr mit einem Verbot dazwischen, das nach den bisherigen Erfahrungen nicht einmal überraschte. Gleichzeitig entstanden jedoch viele wissenschaftliche „Vereine zum Studium des Sozialismus", die hauptsächlich an der Uebersetzung und Erläuterung der klassischen sozialistischen Werke des Westens arbeiteten. Wegen ihres wissenschaftlichen Charakters konnte die Polizei wenig gegen sie tun. So wurde die Zeit 1919 bis 1923 die Blütezeit des Studiums des Marxismus in Japan. Sogar einige Universitätsprofessoren machten sich als „Kathedersozialisten" bemerkbar.

Die konkrete Vorbereitungsarbeit zur Gründung einer proletarischen politischen Partei, die sich auf breite Arbeitermassen stützen sollte, wurde erst im Sommer 1925 begonnen, nachdem das Gesetz über das allgemeine Männerwahlrecht im Parlament angenommen und seine erste Anwendung bei der nächsten Wahl beschlossen war. Durch den Kabinettswechsel im Juli 1925 wurde die Auflösung des jetzigen Parlaments und damit die erste Wahl unter allgemeinem Wahlreich im Frühjahr 1926 sehr wahrscheinlich. So mußte auch die Gründung der Arbeiterpartei beschleunigt werden. Die öffentliche Meinung war jetzt nicht mehr gegen sie, sondern betrachtete sie als die unvermeidliche Folge des neuen Wahlgesetzes.

Im August 1925 erließ der japanische „Bauernbund" einen Aufruf zur Gründung einer einheitlichen proletarischen Partei, fast alle Arbeiterorganisationen Japans versprachen ihre aktive Mitarbeit. Die Vorbereitungsarbeit wurde sofort begonnen, bei ihr spielten der genannte Bauernbund, der Verein zum Studium der Politik (Sozialistengruppe), der Allgemeine Gewerkschaftsbund, der Ost-Japan-Ausschuß (Gewerkschaftsbund) u. a. führende Rollen. Das Erscheinen einer proletarischen Partei wirkte als ein epochemachendes Ereignis und die Arbeitermassen waren sehr begeistert. Bald wurde auch der Programmentwurf der künftigen Partei veröffentlicht, der in geschickter Weise verschiedene gesetzliche Hindernisse umging. Aber am 30. November, am Vorabend der Gründungsversammlung, erklärte der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die stärkste Arbeiterorganisation Japans, plötzlich seinen Austritt.

Der Hauptgrund zum Austritt war, daß der Gewerkschaftsbund mit den kommunistischen Elementen, die inzwischen immer mehr führende Stellen in der Gründungskommission einnahmen, nicht zusammengehen kann. Der Bund sah diese Unmöglichkeit im letzten Spinnereistreik von neuem bestätigt, da die Kommunisten in diesem Streik die Einheitsfront der Arbeiter empfindlich gestört hatten. Die neue Partei, meinte der Bund, habe, wenn sie zustande komme, doch schon die Spaltung im Leibe. Es gebe keinen Grund dafür, daß nur Japan eine einheitliche Arbeiterpartei haben müsse, während die Kommunisten in anderen Ländern immer eine Sondergruppe bildeten.

Mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund traten auch andere mit ihm befreundete Organisationen aus, und infolge dieser Krise kam die Gründungskommission in große Verlegenheit. Sie versuchte dennoch am 1. Dezember mit einer großen Feierlichkeit die Gründung der Partei zu vollziehen, die jetzt nur noch aus radikalen Elementen bestand. Die neue Partei, „Bauern- und Arbeiterpartei" genannt, wurde aber nach dreistündigem Bestehen durch eine Verordnung des Innenministers zwangsweise aufgelöst, mit der Begründung, daß sie trotz ihres scheinbar gemäßigten Programms, in Wirklichkeit eine durch das japanische Gesetz verbotene kommunistische Organisation sei. Ein Nebengrund des Verbots war, daß die angeschlossenen Arbeiterorganisationen minderjährige Mitglieder umfassen, denen die politische Tätigkeit gesetzlich untersagt ist.

Alle liberalen Zeitungen tadelten diese Maßnahme des Innenministers. Eine solche drakonische Intervention, erklärten sie, könne die Arbeitermassen nur zur Verzweiflung treiben. Allerdings war nicht zu leugnen, daß die führenden Personen der neuen Partei meistenteils bekannte Kommunisten waren. Der genannte „Verein zum Studium der Politik" war damals schon in einen Kommunistenverein umgewandelt, und auch die Vertreter des „Bauernbundes" stammten aus dem kommunistischen Linksflügel dieses Bundes. Der „Ostjapan-Ausschuß" ist ein Bund der kommunistischen Gewerkschaften, die wegen ihrer „Zellen"-Politik im letzten Sommer aus dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen wurden.

So ist der erste Versuch zur Gründung einer proletarischen Partei in Japan fehlgeschlagen. Es wird berichtet, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund in naher Zukunft mit befreundeten Organisationen gemeinsam eine Arbeiterpartei gemäßigter Richtung zu gründen beabsichtigt. Näheres darüber ist noch unbekannt.

Unter diesen Umständen können die Arbeitsgesetze in Japan ohne Einfluß der Arbeiter einseitig vom Bürgertum gemacht werden. Solche Gesetze können den Arbeitern unmöglich große Vorteile bieten. Die jetzt veröffentlichten Entwürfe sind erstens einer über die Gewerkschaften und zweitens einer über das Schlichtungswesen. Das Gesetz über die Gewerkschaften erkennt die juristische Persönlichkeit der Gewerkschaft an, aber nicht die des Gewerkschaftsbundes. Es verbietet, den Aus- oder Eintritt in eine Gewerkschaft zur Bedingung für Anstellung oder Entlassung zu machen, doch fehlt eine Strafbestimmung dazu. (Im ersten Entwurf: Geldstrafe bis 500 Yen.) Der Entwurf des Schlichtungsgesetzes beschränkt die Schlichtung auf Streiks in Betrieben, deren Arbeitseinstellung das Gemeininteresse schädigt. Dieses Gesetz ist viel nachteiliger als das erste. Wahrscheinlich werden aber beide Entwürfe in der kommenden Sitzung des Parlaments nochmals zum Vorteil der Arbeitgeber „verbessert".

Um die Arbeiterbewegung zu kontrollieren, gibt es in Japan u. a. das Sicherheitspolizei-Gesetz sowie das Sicherheitserhaltungsgesetz (Sozialistengesetz), und der Wortlaut dieser Gesetze ist so vieldeutig, daß die Polizei sie nach Belieben auslegen kann. Beispielsweise heißt der diesmal zur Auflösung der genannten Arbeiterpartei angewandte Artikel im Sicherheitspolizei-Gesetz: „Der Innenminister kann eine Vereinigung verbieten, wenn es zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung notwendig ist." In diesem Falle ist zwar eine Klage vor dem Verwaltungsgericht zulässig, aber ein solcher Prozeß bietet der Regierung nur eine gute Gelegenheit, eine großzügige, das Publikum blendende Propaganda zu entfalten. Außer diesen bestehenden Gesetzen hat die Regierung als „Gegengewicht" gegen die beiden erwähnten Arbeitsgesetze einen neuen Gesetzentwurf über „organisierte Gewalttätigkeiten" veröffentlicht. Das Gesetz bezweckt hauptsächlich, Gewalttätigkeiten der äußersten rechten und linken Terroristengruppen zu verhindern, aber es ist auch für die allgemeine Arbeiterbewegung, insbesondere bei Streiks, eine Gefahrenquelle.

Trotz alledem merkt man den Wandel der Zeiten, wenn man sieht, wie das japanische Bürgertum, das noch vor wenigen Jahren jede Arbeiterbewegung nur zu unterdrücken wußte, jetzt die genannten Arbeitsgesetze entwerfen muß, um den Arbeiterorganisationen rechtliche Grundlagen zu geben. Hier sieht man dennoch den starken Einfluß der neuzeitlichen Welttendenz auch im Fernen Osten. Man darf auch nicht übersehen, daß die Genfer internationale Arbeitskonferenz, wenn sie auch für Europa viel an Interesse verloren hat, eine ziemlich starke Anregung für die Sozialpolitik Japans geben kann. Immerhin ersetzt sie bis zu einem gewissen Grade, was der Arbeiterklasse an politischem Einfluß fehlt.

Freizeit der Jugend!

Eine bevölkerungspolitische und sittliche Notwendigkeit.

Die Kasseler Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, die mit einem einstimmigen Beschluß für die gesetzliche Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf 48 Stunden für die erwerbstätige Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahr endete, hat in weiten Kreisen der an der Wohlfahrt unserer schulentlassenen Jugend interessierten Organisationen und Körperschaften ein lebhaftes Echo gefunden.

Unter Führung des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände laden jetzt annähernd 30 Reichsorganisationen der Wohlfahrts- und Jugendpflege zu einer Kundgebung für die gesetzliche Verwirklichung der sozialpolitischen Forderungen der deutschen Jugend aller Richtungen und Weltanschauungen ein. Unter den Einberufern der Kundgebung befinden sich die Wohlfahrtsorganisationen (u. a. der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt), die Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände, Deutscher Verein für das Berufsschulwesen, Deutsches Rotes Kreuz, Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Vereinigung deutscher Kommunal-, Schul- und Fürsorgeärzte, Landesverband der Bezirks- und Kreisjugendpfleger in Preußen, Verband für deutsche Jugendherbergen und zahlreiche andere. In der Einladung für die Kundgebung heißt es:

„Wir unterzeichneten Körperschaften betrachten es als eine bevölkerungspolitische und sittliche Notwendigkeit, daß alsbald gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, um die sozialpolitische Lage der erwerbstätigen Jugend hinreichend zu verbessern. Aus Sorge um die Erhaltung unserer Volkskraft und zur Sicherung der Zukunft unseres Volkes rufen wir auf zu einer gemeinsamen Kundgebung für die Freizeit der erwerbstätigen Jugend."

Die Tagung wird am 4. Februar abends 7 Uhr im Sitzungssaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfinden. Einlaßkarten sind durch die oben genannten Organisationen und durch die Geschäftsstelle des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, Berlin NW. 40, Moltkestraße (Reichsministerium des Innern) zu erhalten.

Die Perlacher Morde.

Zeugenvernehmungen im Münchener Prozeß.

München, 15. Januar. (WTB.) Am dritten Verhandlungstage sind weitere 30 Zeugen geladen, darunter sehr viele ehemalige Angehörige des Freikorps Lützow.

Die ehemalige Gastwirtin Therese Springer vom Gasthaus „Zur Post" in Perlach gibt an, daß der Angeklagte Pölzing mit einem weiteren Offizier in ihrer Wirtschaft den verhafteten Hafnermeister Ludwig abgeliefert und **geäußert habe, der Mann werde erschossen.**

Der Angekl. Pölzing erwidert darauf, daß er den Ludwig nicht eingeliefert habe; die Zeugin müsse sich täuschen.

Dann wurde als Zeugin vernommen die Gattin des protestantischen Pfarrers Hell, die u. a. angibt, daß sie in ihrer großen Aufregung und Angst über die fortwährenden Demonstrationen mehrere Male den Major v. Lützow angerufen und dringend um Besetzung des Ortes Perlach gebeten habe. Ihre weiteren Aussagen decken sich mit denen ihres Gatten.

Die Hilfsarbeitersfrau Franziska Scharnagel gibt an, daß der Pfarrer Hell dem Leutnant Pölzing bei der Ankunft des Militärautos in Perlach

ein Kuvert überreicht

habe. Die Zeugen Herr und Frau Pfarrer Hell stellen dies entschieden in Abrede. Die Zeugin Scharnagel schildert dann, wie ihr Vater von drei Soldaten nachts aus dem Bett geholt und verhaftet worden sei.

Der Zeuge Martin Jakob äußert sich über die ungerechtfertigten Verhaftungen. Er kann die gestern von einem anderen Zeugen bekundete Aeußerung des Pölzing: „Ihr Schufte werdet morgen früh alle an die Wand gestellt" nicht bestätigen.

Der Zeuge Konrad Zeller, der mit seinem Vater zusammen verhaftet wurde, **ist der einzige der Verhafteten, der heute noch am Leben ist.**

Zeller sagt aus, daß er zwar seinerzeit in seinem Betriebe ein Gewehr erhalten habe, daß aber sein Vater gesagt habe: Wir brauchen kein Gewehr! Sein Vater habe ihn auch aufgefordert, das Gewehr in dem Betriebe wieder abzugeben. Er, der Zeuge, habe, als ein Ueberfall auf den Ingenieur Löhner ausgeführt werden sollte, den Leuten gesagt, sie sollen doch diesen anständigen Menschen in Ruhe lassen. Ueber das Vorgehen der Regierungstruppen erklärt der Zeuge, daß ihn sofort ein Soldat verhaftet und ihm angekündigt habe, die Verhaftung erfolge, weil er bei der Roten Armee gewesen sei. Er sei denn auch mit seinem Vater in der Nacht zum 5. Mai aus dem Bett geholt und

bei der Verhaftung sei ihm der Revolver auf die Brust gesetzt worden.

Zu dem Vorhalt, daß bei ihm Patronen gefunden seien, erklärt der Zeuge, es habe sich um unbrauchbare Hülsen gehandelt, die er während der Revolution gefunden und zur Erinnerung aufgehoben habe. Der Angeklagte Prüfert erklärt, daß die bei Zeller gefundenen Patronen scharf gewesen seien.

Der Zeuge Konrad Zeller fährt fort, bei der Einlieferung in den Hofbräuhauskeller hätten die Gefangenen sofort antreten müssen, und der Verhaftete Ludwig sei auf die Seite geführt worden. Die anderen kamen in einen Verschlag im Garten des Hofbräuhauskellers und wurden dort von einem Posten überwacht, um nach kurzer Zeit zu erfahren, daß Ludwig inzwischen als Rädelsführer erschossen worden sei. Der Zeuge selbst wurde wiederholt aus dem Verschlag herausgeholt und gefragt, ob er wirklich nicht bei der Roten Armee gewesen sei und nicht gestohlen habe. Er habe das verneint und sei schließlich freigelassen worden.

Dazu erklärt der Angeklagte Prüfert, daß er es gewesen sei, der für die Freilassung Zellers eingetreten sei und ihn schließlich auch aus der Gefangenschaft geholt habe.

Der Zeuge Hofbräuhauspächter Panzer gibt an, daß im Standquartier der Befehl gegeben worden sei, es müßten sofort Mannschaften nach Perlach abrücken, das von den Roten zusammengeschossen werde.

Bei der Einlieferung der Perlacher Gefangenen im Hofbräuhauskeller habe ihm ein Offizier auf Befragen erklärt, daß man noch nicht wisse, was mit den verhafteten Leuten geschehen würde. Später hat der Zeuge nur noch die erschossenen Männer auf dem Hofe des Kellers liegen sehen.

Nach einer kurzen Verhandlungspause erscheint der Oberpräsident Noske von Hannover im Sitzungssaal, der um sofortige Vernehmung bittet, da er alsbald wieder nach Hannover abreisen müsse. Das Gericht erklärt sich zur sofortigen Vernehmung Noskes bereit, der mitteilt, daß er vom Reichspräsidenten vom Amtsgeheimnis wegen des Schießerlasses vom 9. März 1919 entbunden sei.

Deutsch-französische Kundgebung in Paris.

Nationalistische Störungen.

Paris, 15. Januar. (WTB.) Gestern nachmittag hielt die Herausgeberin der deutschen Zeitschrift „Für neue Erziehung", Elisabeth Rotten, auf Einladung der pädagogischen Abteilung der französischen Gesellschaft für wissenschaftlichen Fortschritt und der Nationalen Gewerkschaft französischer Lehrer und Lehrerinnen einen Vortrag über das Thema „Für die moralische Abrüstung, für die Annäherung der französischen und der deutschen Lehrer".

Die Versammlung wurde von Professor Langevin geleitet. Langevin wandte sich in seiner Ansprache gegen den militaristischen Geist der Vorkriegszeit.

Die Rednerin, Frl. Rotten, zeigte in großen Linien, welche Verdienste sich Deutschland nach dem Kriege, namentlich durch Einführung neuer Geschichtslehrbücher, um die Ausbreitung des Friedensgeistes erworben habe. Sie betonte, daß die Pflege dieses Geistes vor allem Aufgabe der Lehrer sei. Die Rednerin forderte zum Schluß die französischen Lehrer auf, sich ihren deutschen Kollegen in der Pflege dieses Geistes immer mehr zu nähern.

Gleich zu Anfang der Sitzung hatten einige Delegierte der französischen Pädagogischen Gesellschaft gegen die Benutzung des Namens der Gesellschaft in der Ankündigung dieser Veranstaltung Einspruch erhoben. Im Verlauf der Sitzung kam es zu zahlreichen Unterbrechungen. Mehrere Personen mußten aus dem Saal gewiesen werden. Einige Teilnehmer warfen in den Sitzungssaal tränen- und Uebelkeit erregende Geschosse. Eine Person wurde dabei überrascht und der Polizei übergeben. Die Verhaftete ist, wie der „Matin" berichtet, eine Studentin, namens Bourbon. Sie erklärte bei ihrer polizeilichen Vernehmung, sie habe die Tränen erzeugende Flüssigkeit in zwei Fläschchen von einem Unbekannten erhalten.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschloß, entgegen seiner bisherigen Praxis, bei Stimmenenthalt der Deutschnationalen Volkspartei, die Immunität des Abg. Bruhn zur Durchführung einer Privatklage aufzuheben. In einem in der „Wahrheit" veröffentlichten Artikel am 24. Oktober 1925, „Daniel Ehrenfried und die oberste Behörde", hat Bruhn erneut Ehrenfried grob beleidigt. Der Reichstag hat schon einmal die Aufhebung der Immunität Bruhns abgelehnt, trotzdem hat er unter dem Schutze der Immunität erneut Ehrenfried beleidigt. Die Mehrheit des Ausschusses sah den Vorgang für so schwer an, daß von der bisherigen Praxis abgewichen werden mußte.

ER filmt.

Von Rastignac.

Gott erhalte uns Wilhelm II. Und gewähre Ihm Zeit und Gelegenheit, das Gottesgnadentum weiterhin zu blamieren. Aufs entdenteste zu blamieren!

Ueber Ihn, seine allergnädigste Person, wäre nicht viel zu sagen. Es gibt mehr dünkelhafte Schwächlinge, die ihre Blößen mit dem Wahn der Größe decken. ER mag Holz hacken, den ersten Repräsentanten des Volkes in den berühmten Badehosen als „geschmackvollen" Tafelaufsatz auf den Tisch stellen, er mag in seinen alten Tagen heiraten und in Freiheit reden, und er mag sich filmen lassen, soviel er Lust hat. Aber daß es im 20. Jahrhundert die Möglichkeit für einen Schauspieler mit pathologischen Untergründen gab, über Krieg und Frieden zu entscheiden, das Leben von Millionen Männern zu vernichten oder zu retten, — das ist das Grausige an der sonst unwichtigen Figur Wilhelm II.

Er hätte noch schlimmer sein können. Gefährlicher sicher und ohne den jammervollen „guten Willen", den man ihm zubilligen muß. Und wenn nicht das elementare Ereignis des verlorenen Krieges und die Revolution gewesen wäre, hätte er weiterwurstein dürfen. Statt mit Vielsoldaten mit Untertanen und fremden Völkern.

Als der Aegtsänger und Nordlandsjahrer in der Blüte seines Selbstwahns stand, als ER den seligen Nikolaus von Rußland angesichts der Ahnenbilder beschummeln wollte und dabei selbst beschummelt wurde, als ER uns die Marokkokrise auf den Hals brachte, — da war der Film leider noch nicht auf der Höhe von heute. Sonst hätte Wilhelm II. nicht verfehlt, jeden seiner glorreichen Tage und alle seine Dummenjungenstreiche filmen zu lassen. Schade um das entgangene menschliche Dokument.

Aber dazumal wäre der Bildstreifen nicht ans Ausland verkauft worden. Gütige Hände hätten die Heldenfigur des Hauptdarstellers aus dem Handel gezogen. Denn selbst um die kompromittierendsten Dummheiten zu übernehmen, die die kaiserliche Majestät zu begehen beliebten, waren damals hohe Würdenträger bereit gestellt. Sie konnten zwar nichts ungeschehen oder wieder gut machen, aber sie hatten die Ehre, die Strafe zu übernehmen.

Der Wind der Revolution, so wenig scharf er blies, hat doch inzwischen etliche Dekorationen weg geweht, und der „Friedenskaiser" hat jetzt das republikanische Recht, sich nach den eigenen Gemüts- und Verstandeskräften lächerlich zu machen. Er nützt diese bürgerliche Möglichkeit reichlich aus. Das kann freundlich zugegeben werden.

Die Herren von der Rechten haben Friedrich Ebert, den ersten Präsidenten der Republik in der Badehose gesehen und triumphierend festgestellt, daß dieser Arbeitersohn nicht wie ein Gardefeldwebel gewachsen war. Aber selbst nicht die schärfste Kritik der Reaktionäre und des Auslandes konnte dem Sattlergesellen einen Mangel an innerer Haltung und Würde nachsagen.

Der neue Film sollte zu patriotischen Zwecken neben dem „Bismarck"-Film (in dem der morbide Friedrich Wilhelm IV. als „Vater seines Volkes" gefurbelt ist) gezeigt werden. Am Schlusse könnte man dann die glorreiche Reihe der Ahnen seit Friedrich Wilhelm III. vorführen. Auf den einfachsten Menschen müßten diese Köpfe, ihr „geistiges Format" und ihre „seelische Ausdruckskraft" wie eine Karikatur auf das monarchistische Erbprinzip wirken.

Wir danken Wilhelm II. im Namen des Volkes und aus tiefem Herzen für die Dienste, die er noch im Exil der republikanischen Idee erweist. Wir wünschen, daß er lange lebt und keine Gelegenheit versäumt, in Unschuld und Komik gegen die monarchistische Staatsform Propaganda zu machen.

ER filme weiter!

Im Geiste der Völkerversöhnung. Eine Klasse der Dresdener Dürer-Schule, deren Klassenlehrer in enger Fühlung mit der englischen Bruderschaftsbewegung und den Jugendgruppen des walliser Völkerbundvereins steht, hatte Weihnachtsgrüße an die Kinder von Wales gesandt, worauf folgende Antwort eintraf: „Die Kinder von Wales danken Euch herzlich für Eure liebe Weihnachtsbotschaft und senden ihre besten Wünsche und Freundesgrüße den Kindern der Dürer-Schule und allen in Deutschland in der Hoffnung, daß Ihr ein sehr fröhliches Weihnachten habt und ein strahlendes Neues Jahr mit vielen Schneebällen und Rutschbahnen."

Der Sekretär der League of Nations Union, Welsh Council, fügte in einem Briefe hinzu: „In Abwesenheit des Direktors, der gegenwärtig in Amerika weilt, schreibe ich Ihnen, um Ihnen herzlich zu danken für die sehr freundliche Botschaft, die Sie mir von den Kindern der Dürer-Schule in Dresden an die Kinder von Wales übermittelten. Wir haben sie weitergegeben und alle Welt ist entzückt darüber."

Derartige kleine Zeichen der Freundschaft mögen neben dem wieder recht regen Briefwechsel zwischen den Kindern der einstigen Feinde und Besuchen, wie sie z. B. die Hamburger Lichtwark-Schule, die Schwesteranstalt unserer Dürer-Schule, ausführte, dazu beitragen, daß der Geist von Locarno nicht nur eine Phrase bleibt, sondern da Wurzeln schlägt, wo er eine hoffnungsvolle Zukunft hat, in dem Herzen der neuen Generation.

Die neue Nelsonrevue. Das „Theater am Kurfürstendamm" will auch eine Revue haben und hat sie von Nelson bekommen, auf dessen benachbarter Bühne die Neger tanzen. Die beiden Häuser haben ihre Kerntruppen vereint und so eine Revue zustande gebracht, die die landesübliche große Schau an Qualität weit überragt. Das Menu ist immer noch lang genug, aber man verdirbt sich doch nicht völlig den Magen daran. Rasender Rhythmus, flimmernde Licht- und Farbenorgien, bunt bewegte, fein abgewogene Bilder sind das Wesen dieser Probe aus einem teatro furioso. Mit Recht geht die Handlung — jawohl, es gibt so etwas darin, woran die Szenen aufgereiht werden — in New York vor sich. Der russische Fürst, der (angeblich) sein Vermögen verloren hat, will seine letzte Sensation haben, in dem er einer bisher unnahbaren Tänzerin sein Leben für „die Nacht der Nächte" bietet. Sie nimmt — ausgerechnet im „Haus der Küsse" — an, aber (o Heuchelei) es wird regulär Hochzeit gefeiert und am nächsten Morgen hat er sein Geld wieder und sie liebt ihn. Die verrückte Handlung ist natürlich nur Vorwand für szenische Wirkungen, die Karlheinz Martin dirigiert hat. Als Hintergrund rollt New York, eine lichtdurchflutete Glasstadt, ab. Die Ausstattung, die auf sehr feinem farbigen Zusammenhang gestimmt ist, ist Herrn von Arent zu Dank verpflichtet. Das Haus der Küsse, die Hochzeit (in weiß), der Sonnenaufgang sind künstlerische Prachtleistungen. Nelson probiert alle Möglichkeiten der Jazzmusik aus, behaust uns auch mit Lärm (Rotationsmaschine!), stellt vier Saxophonspezialisten auf die Bühne, kehrt aber dann zur süßen Melodie, zum Schmalz-Schmalz, zurück und wirft ein paar Schlager wie Konfetti ins Parkett. Die anmutigen Tanzgirls, die schönen Akte Jenny Steiners und Ipsen Andrés sorgen für plastische Augenblicke. Mady Christians, die Unnahbare, die nachher in Liebe schmilzt, und Charlotte Ander, eine entzückende Tänzerin und Sängerin, heimsen mit Johannes Riemann (dem russischen Millionär) und Herald Paulsen, sowie dem genius loci Max Adalbert, der mit seiner Partnerin Käthe Erholz die Berliner Couplets auf seine bekannte trockenhumoristische Art vorträgt, die Ehren der Prominenten ein. Das Publikum des Kurfürstendamms geriet auch ohne Sekt in Sektlaune.

—r.

Eröffnung der Sunyatsen-Universität in Moskau. Die nach dem ersten Präsidenten der chinesischen Republik benannte chinesische Universität, über deren Einrichtung bereits Mitteilungen gemacht wurden, ist jetzt in Moskau eröffnet worden. Sie wird von 250 Studenten besucht, unter denen sich 40 Frauen befinden; alle sind Mitglieder der chinesischen Republikanischen Partei, die von den chinesischen revolutionären Organisationen nach Moskau gesandt wurden. Rektor ist Karl Radek. Das Hauptstudium an dieser Universität besteht in der „Theorie und Praxis der Revolution".

Insulin aus Pflanzensamen. Dem Berliner Prof. Brugsch ist es gelungen, ein Verfahren zur Gewinnung des Insulins aus Pflanzensamen auszuarbeiten. Hauptsächlich wird dieses so überaus wertvolle Mittel gegen die Zuckerkrankheit aus Eicheln gewonnen, und zwar besitzt dieses neue Insulin nicht die krampferregenden Eigenschaften des tierischen Insulins und ist sehr viel billiger als dieses.

„Alpenländische Winterschau". Die in der Zeit vom 17. bis 20. Januar der Oesterreich-Deutsche Volksbund im Berliner Künstlerhaus veranstaltet, wird am Sonntag, 6 Uhr abends, eröffnet. Um 7 Uhr spricht der deutsch-österreichische Gesandte, Dr. Frank, über „Reisen in Deutsch-Oesterreich und deutsche Kultur".

Poetische Dichtungen liest der Deutsche Poetische Studentenbund am Sonnabend nachm. 5 Uhr im Lessing-Museum, Brüderstr. 13, lesen. Zum Vortrag gelangen Werke von Werfel, Toller, Otten, Hasenclever, Wolfer u. a. Eintritt frei!

Pädagogischer Rundfunk. Im Großen Hörsaal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, können werktäglich in der Zeit von 3—5 Uhr nachmittags (außer Sonnabend) gegen ein geringes Eintrittsgeld die Vorträge des Pädagogischen Rundfunks durch Lautsprecher gehört werden.

Andere Zeiten, andere Sitten!

Frauen auf der Eisbahn im älteren Berlin.

Wir wissen es, wie rasch die Ansichten darüber, was „schicklich" und was „unschicklich" ist, sich ändern. Aeltere Leute erinnern sich noch der Zeit, in der es das größte Aufsehen und mißbilligendes Kopfschütteln erregte, wenn eine Frau auf einem Fahrrad daherkam. Wer außer den ältesten Tanten, die aus dem vorigen Jahrhundert übrig geblieben sind, nimmt heute noch Anstoß an einer radelnden Frau? Wer aber wird glauben wollen, daß es einmal für „gut erzogene" Damen als „unschicklich" gegolten hat, im Winter auf öffentlichen Gewässern sich dem Eislauf hinzugeben? In diesen Tagen des Frostes, der die Freunde des Eislaufs hinauslockt, fällt uns ein, wie sehr früher den Mädchen und Frauen die Beteiligung an diesem Vergnügen erschwert und verübelt wurde. Als Berlin im Jahre 1846 mit dem ersten Omnibus beglückt worden war, erschien im Jahre 1847 eine Zeitschrift „Berliner Omnibus", deren Herausgeber diesen Namen (omnibus = für alle) gewählt hatte, weil sein Blatt sich an „Leser aus allen Ständen" wandte. Das Heft vom Februar 1848 brachte folgende gegen die mehr oder minder jungen Damen Berlins gerichtete Rüge:

„Eispartien. Der anhaltende Frost in diesem Winter gewährt der Jugend in Betreff des Schlittschuhlaufens vieles Vergnügen. Ueberall finden wir Eisbahnen annonciert und sämtliche Pächter derselben sollen gute Geschäfte machen. Allein die Jugend ist es nicht nur, welche diese Belustigungen aufsucht, auch Hunderte von Erwachsenen, ja selbst von bejahrten Leuten wagen sich auf die spiegelnden Eisflächen. Daß jedoch Damen sich Kälte und Wind nicht verdrießen lassen und die Füße, sonst in Atlas und Seide gewickelt, in harte und feuchte Schlittschuhe schnüren, finden wir durchaus unweiblich. Mögen dieselben noch so viel Grazie und Anmut bei den leichten Schwankungen an den Tag legen, es widerstrebt dies alles doch dem Auge des unparteiischen Zuschauers. Berlin ist nun einmal nicht die Stadt, in welcher man sich jedes an sich unschuldige Vergnügen sans gêne bereiten kann."

Das ist gewiß nicht nur das vereinzelte Urteil eines lächerlichen Sittenrichters, der vielleicht längst über die Jahre hinaus war, in denen man gegenüber weiblicher Anmut noch nicht „unparteiischer Zuschauer" zu sein vermag. Vor etwa 30 Jahren hörten wir einmal Professor Euler, der nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des Schulturnens in Preußen gewesen ist, in einem Vortrag erzählen, daß in seiner Studentenzeit, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, es in Berlin für junge Damen der „guten Gesellschaft" nicht als „schicklich" gegolten habe, sich am Eislauf auf öffentlichen Gewässern zu beteiligen. Andere Zeiten, andere Sitten! Welche Predigt hätten wir von dem „Omnibus"-Sittenrichter des Jahres 1848 heute zu erwarten, wenn er sähe, wie die Mädchen und Frauen des 20. Jahrhunderts im Turnen, im Spiel und im Sport sich tummeln!

Der Raubmord in der Novalisstraße.

Danielowski legt ein Geständnis ab.

Die heute nach eintägiger Unterbrechung wieder aufgenommene Verhandlung in dem Prozeß gegen den Kaufmann Kurt Danielowski und die Mitangeklagte Maria Böhm wegen der Ermordung der Schankwirtin Jacobi begann mit einer großen Ueberraschung. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß der als letzter Zeuge aus Danzig geladene Kaufmann Lenz nicht erschienen sei, erhob sich Rechtsanwalt Arno Weimann, um dem Gericht mitzuteilen, daß Danielowski sein Gewissen erleichtern und ein Geständnis ablegen wolle, was an dem kritischen Tage in der Animierkneipe in der Novalisstraße vor sich gegangen sei.

Mit einer häufig von Tränen erstickten Stimme und vielfach stockend gestand Danielowski dann ein, daß er als erster in dem Lokal gewesen sei und versucht habe, die 60jährige Frau Jacobi zunächst mit einem Schlafmittel zu betäuben und sie dann niedergeschlagen habe. Im einzelnen schilderte er die Vorgänge so: Die beiden Schwestern, die jetzt mitangeklagte Maria Böhm und ihre verstorbene Schwester Emma Vogel habe er in Lüneburg kennen gelernt. Zufällig hätte er beide wenige Tage vor der Tat in Berlin wiedergetroffen. Beide hätten ihm erzählt, daß Frau Jacobi viele Brillanten habe und damit handele. Sie sollten sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, dort einen Diebstahl auszuführen. Sie selbst könnten aber nicht in das Lokal gehen, da sie ja dort bekannt wären. Dagegen könnte er als Unbekannter sich hineinbegeben, mit Frau Jacobi eine Flasche Wein trinken und ihr dabei ein Schlafmittel in das Glas schütten. Wenn sie betäubt sei, sollte er die beiden Schwestern zur Durchsuchung der Wohnung und zur Ausführung des Diebstahls hineinrufen. Er hat sich überreden lassen. Frau Jacobi habe aber gemerkt, daß er etwas in ihren Wein geschüttet hatte, fing an zu schimpfen und zu toben und sei auf ihn losgegangen. Als sie ihm einen Schlag in die Augen versetzte, habe ihn die Wut gepackt, und da habe er ihr eine Anzahl Schläge mit einem Stuhlbein über den Kopf gegeben. Als die Frau dann am Boden lag, sei er hinausgegangen, und das war das Zeichen für die Schwestern, die auf der anderen Seite der Straße auf und abgingen, hineinzukommen. Emma Vogel habe dann erst die Jalousie heruntergelassen. Als er sich dann einmal bückte und merkte, daß die Frau tot sei, habe er einen Schreck bekommen und sei durch das Fenster auf den Hof gesprungen, und davongelaufen. Das übrige hätten dann die Schwestern gemacht. Er habe dauernd Angst gehabt, als er aus den Zeitungen ersah, daß Fingerabdrücke gemacht worden seien. In seiner Unruhe sei er nach Dänemark gegangen. Da er aber kein Visum hatte, sei er nach Deutschland abgeschoben worden. Vorher habe man aber Messungen seiner Fingerabdrücke vorgenommen. Dann habe er noch weniger Ruhe gehabt und sei nach der Schweiz gefahren, wo er aber ausgewiesen wurde und als ebenfalls Fingerabdrücke gemacht worden waren. Als ich vor die Polizei geladen wurde und Polizeirat Gennat mich über angebliche Hochstapeleien ausfragte, wußte ich gleich, um was es sich handelte. Ich will auch nichts beschönigen; aber ich war durch die Kriegszeit mit meinen Nerven vollständig herunter. Heute wäre ich nicht fähig, derartiges zu begehen. Der Angeklagte blieb weiter dabei, nicht er, sondern die beiden Mädchen hätten dem Kaufmann Geier die Brillantbrosche verkauft. Er selbst habe Geier angedeutet, woher die Brosche stamme und daß er eine Frau erschlagen habe. Angekl. Böhm (kreischend): Was der sagt, ist nur zum Teil wahr. Er sollte die Frau nur betäuben, aber nicht ermorden. Der Zeuge Geier, nochmals befragt, erklärt, daß die Angaben des Angeklagten unwahr seien.

Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwalt Dr. Lotté war der Ansicht, daß von vornherein eine Gewalttat beabsichtigt war, doch sei es zweifelhaft, ob die Angeklagten mit Ueberlegung vorgegangen seien. Er plädiere deshalb nicht auf Mord, sondern auf Totschlag. Daneben liege noch Raub mit Todeserfolg vor. Er beantragte deshalb gegen Danielowski eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagte Böhm habe sich der Beihilfe schuldig gemacht. Er beantragte gegen sie 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Kälte und Obdachlosennot.

Die grimmige Kälte der letzten Nächte hat eine Rekordbesucherziffer für die Obdachlosenasyle und -heime zur Folge gehabt. Allein das Städtische Obdach in der Fröbelstraße beherbergte in der Nacht zum Donnerstag 5080 Personen. Es ist dies die höchste Besucherzahl während der letzten Jahre. Schon in den ersten Mittagstunden begann der Andrang der Unglücklichen, die sich vor der Qual der bitterkalten Nacht sichern wollten. — 5080 Heimatlose in einem Asyl. Ein erschütterndes Beispiel der unmenschlichen Not, die heute durch die Volksmassen geht. Es ist dringend notwendig, daß durch großzügige Speisungen von den Entrechteten wenigstens das Schlimmste — das Verhungern und Erfrieren abgewandt wird.

Prozeß Holzmann-Bartels.

Kurz nach 12 Uhr wurde heute die gestern unterbrochene Verhandlung fortgesetzt. Der Staatsanwalt teilte mit, daß Holzmann in seiner Wohnung nicht aufzufinden war. Nach Angabe seiner Frau sollte er sich im Dresdener Sanatorium aufhalten. Auch dort war er nicht zu finden. Der Staatsanwalt beantragte, das Verfahren gegen Holzmann abzutrennen und gegen Bartels und Rothe weiter zu verhandeln. Der Verteidiger Holzmanns, Rechtsanwalt Dr. Pechtel, erklärte, daß er gegen die Verhaftung Holzmanns nichts einwenden könne, daß er aber im Interesse seines Klienten bitten müsse, das Verfahren gegen ihn nicht abzutrennen, da die Gefahr bestehe, daß während der Gerichtsverhandlung über die Beziehungen Holzmanns mit den übrigen Angeklagten Feststellungen gemacht würden, die später schwer zu widerlegen sein dürften. Holzmann, der in russischen Emigrantenkreisen sehr gut bekannt sei, würde sehr bald verhaftet werden, selbst wenn er ins Ausland geflüchtet sein sollte. Jeder Staat würde ihn ausliefern. Der Angeklagte Bartels ersuchte das Gericht, in die Verhandlung einzutreten, da er seelisch völlig gebrochen sei und fürchte, in einem neuen Termin sich nicht so verteidigen zu können, wie es ihm heute noch möglich sei. Er müsse den Verleumdungen der Presse entgegentreten. Auch der Angeklagte Rothe bat zu verhandeln. Die als Nebenkläger und als Vertreter des Generaldirektors Kutisker erschienenen Rechtsanwälte ersuchten das Gericht durch den Rechtsanwalt Dr. Fuchs die Nebenklage zuzulassen, da Kutisker durch Holzmann nicht nur durch sein Amtsverbrechen, sondern auch an Leib und Leben bedroht worden sei.

Deutsche Technik im Auslande.

Der Kampf um die Absatzgebiete hat nach dem Kriege mit erneuter Schärfe eingesetzt. Ueberall bemühen sich die Riesenbetriebe um Aufträge. In scharfem Wettbewerbe streiten die Unternehmer miteinander. Welche Aufgaben in der Folge solchen Wettstreites zu lösen sind, zeigte ein Vortrag, den Reichsbahnrat Culemeyer im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes der AEG. hielt. Es handelte sich hier um einen Bahnbau in Guatemala, um die Ausführung von zum Teil sehr schwieriger Erdarbeiten, Brückenbauten, Gleisanlagen, Empfangsgebäude, einer Talsperre, nebst einem elektrischen Kraftwerk, das nach endgültigem Ausbau 14 000 PS. haben wird. Der Redner schildert in seinem Vortrag, der sich nicht in technischen Einzelheiten verlor, sondern vor allem an Hand zahlreicher Lichtbilder die Schönheiten des Landes vor Augen führte, die verkehrswirtschaftliche Lage Guatemalas. Die Misere der Eisenbahn in den tropischen Ländern hat dazu geführt, daß Flugzeug und Automobil im Verkehr vorherrschen. Es galt daher eine Eisenbahn zu schaffen, die inbezug auf Sicherheit den dort recht gefährlichen Autoverkehr überflügelte, jedoch technische Bedingungen für das gleiche Geschwindigkeitsvermögen aufzuweisen hat. Die von der AEG. gebaute Bahn ist eine normalspurige Eisenbahn mit Triebwagenzugbetrieb. Man verspricht sich in Fachkreisen aus dem Betriebe dieser Bahn, die ein bestimmtes System auf bisher ungewohnten Steilstrecken in die Praxis umsetzt, erhebliche Erfahrungen für künftige ähnliche Bauten. Die Bahn führt von dem im heißen Zonengebiet liegenden Ort San Filipe durch Plantagen in die gemäßigte Zone zum Dorf Santa Maria, überquert den westlichen Hang des Samalatals und führt in das Indianerdorf Junil. Der weitere Ausbau nach den Hauptorten des Hochlandes sowie zum Großen Ozean ist im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes dringend notwendig. Für die elektrischen Kräfte sorgt der an Gefällen überreiche Fluß Samala, aus dessen sehr starker Strömung genügend Elektrizität zu gewinnen ist. Den Vortrag schloß, wie erwähnt, eine lebhafte Schilderung der landschaftlichen und bevölkerungspolitischen Verhältnisse des aufblühenden Freistaates in Zentralamerika.

Zur Sperrung der Charlottenburger Schloßbrücke. Eine Berliner Korrespondenz brachte die Mitteilung, daß dem Magistrat, der an der gesperrten Schloßbrücke in Charlottenburg eine Notbrücke errichten wollte, von der Polizei die Genehmigung versagt worden sei. Diese Behauptung ist, wie das Polizeipräsidium mitteilt, falsch. Gegen den Antrag des Magistrats hat die Polizei keinerlei prinzipielle Bedenken, und sie wird dem Magistrat mitteilen, daß nach Erfüllung einiger unwesentlicher Bedingungen der Erteilung der Genehmigung nichts im Wege steht.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, Pappelallee 15: Vortrag des Herrn Dr. M. Brie: Oskar Wilde. Harmonium: Humoreske (Dvorak). — Gäste willkommen.

Berichtigung. Der Vortrag über: „Deutsch-französische Verständigung" des Pastors Rombach beginnt erst um 8 Uhr, nicht um 6 Uhr.

Ein entsetzlicher Unfall ereignete sich in den Chaudoir-Metallwerken der tschecho-slowakischen Grenzstadt Bodenbach. Im Schnellwalzwerk drang dem 25jährigen Arbeiter Hermann Czermak aus Algersdorf-Bensen ein 2 Zentimeter starker glühender Metall-Vierkantstab direkt über dem Herzen in den Leib, ging durch die Brust, kam am Rücken wieder heraus und zerfetzte, da er nun ganz herauskam, die Körperpartie vom mittleren Rücken bis zur Achselhöhle. Trotzdem blieb Czermak nicht nur am Leben, sondern er wurde auch nicht eine Sekunde ohnmächtig. Wenn nicht irgendeine Vergiftung eintritt, dürfte man den Verletzten am Leben erhalten.

Ueber 200 Schafe verbrannt. Beim Brande einer Schafhütte bei Girsch in Böhmen wurden außer vier jungen Pferden und dem gesamten Geflügel mehr als zweihundert Schafe, die sich zusammengedrängt hatten und sich nicht retten ließen, ein Opfer der Flammen.

Sport.

15. Berliner Sechstage-Rennen.

Die 2-Uhr-Nachtwertung.

brachte folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Persyn, 2. Giorgetti, 3. Longardt, 4. Stockelynck. 2. Spurt: 1. Tonani, 2. Girardengo, 3. Rieger, 4. Hahn. 3. Spurt: 1. Knappe, 2. Debaets, 3. Giorgetti, 4. Stockelynck. 4. Spurt: 1. Mac Namara, 2. Girardengo, 3. Tonani, 4. Rieger. 5. Spurt: 1. Giorgetti, 2. Stockelynck, 3. G. Vandenhove, 4. Sawall. 6. Spurt: 1. Rosellen, 2. Girardengo, 3. Rieger, 4. Krupkat. 7. Spurt: 1. Giorgetti, 2. Tietz, 3. Sawall, 4. Stockelynck. 8. Spurt: 1. Mac Namara, 2. Girardengo, 3. Gottfried, 4. Krupkat. 9. Spurt: 1. Bauer, 2. Sawall, 3. Longardt, 4. Tietz. 10. Spurt: 1. Golle, 2. Dewolf, 3. R. Vandenhove, 4. Krupkat.

Der Stand des Rennens nach der 2 Uhr-Nachtwertung ist nun folgendes: 1. Girardengo-Giorgetti 38 Punkte. 2. Mac Namara-Horan 29 Punkte. 3. Knappe-Rieger 23 Punkte. 4. Dewolf-Stockelynck 20 Punkte. 5. Tonani-Saldow 19 Punkte. 6. Hahn-Tietz 19 Punkte. 7. Bauer-Gottfried 17 Punkte. 8. Persyn-Debaets 15 Punkte. 9. Gebrüder Vandenhove 9 Punkte. 10. Golle-Wittig 8 Punkte. 11. Lorenz-Krupkat 7 Punkte. 1 Runde zurück: 12. Sawall-Rosellen 11 Punkte. 13. Stellbrink-Longardt 5 Punkte. 14. Müller-Lewanow 0 Punkte.

Bis zur Neutralisation des Rennens (die Neutralisation geht von 6 Uhr früh bis 12 Uhr mittags) sind 316,400 Kilometer zurückgelegt.

Gewerkschaftsbewegung

Wozu die Reichsbahn kein Geld hat.

Wie sie beamtete Schiedsrichter belohnt.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft den mit der Schlichtungsordnung unvereinbaren Antrag gestellt, die Frist über die Erklärung zum Schiedsspruch zu verlängern, weil sie nicht sicher sei, daß sie die nötigen Mittel zur Erfüllung des Schiedsspruches aufbringen könne. Die Tarifgewerkschaften der Eisenbahner haben deshalb beim Reichsarbeitsministerium den Antrag gestellt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Der Schiedsspruch selbst ist in jeder Beziehung so unzulänglich und trägt den berechtigten Forderungen der Eisenbahner so wenig Rechnung, daß man wirklich staunen muß über die Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft. Man ist um so mehr berechtigt, diese Knauserei der Reichsbahngesellschaft zu verurteilen, wenn man weiß, wie sie andererseits den hohen Beamten und dem leitenden Personal gegenüber großzügig sein kann.

Wozu die Reichsbahn Geld hat,

geht aber noch aus folgendem Dokument hervor:

Deutsche Reichsbahngesellschaft. Berlin, den 7. Januar 1926.
Der Generaldirektor.
56. 51. 233. 2/26.

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Für Ihre gefällige Mitwirkung als Arbeitgeberbeisitzer in den letzten Schlichtungsverhandlungen über den Lohnstreit zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den beteiligten Arbeitnehmervereinigungen spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus.

Darüber hinaus gestatte ich mir, Ihnen eine Fahrt auf den Strecken der Deutschen Reichsbahngesellschaft nach einem Ort und für eine Zeit nach Ihrer Wahl zur Verfügung zu stellen und bitte, Ihre Wünsche zur gegebenen Zeit dem zuständigen Referenten der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsbahndirektor Krauthoff, den ich hiervon verständigt habe, zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

An Herrn Ministerialrat Dr. Schilling,
Reichsfinanzministerium Berlin.

An Herrn Referenten 3.

Abschrift mit dem Ersuchen, dem Herrn Ministerialrat Dr. Schilling auf Anfordern einen MER-Fahrschein für die erste Wagenklasse zu überweisen.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.
Für den Generaldirektor: Dorpmüller.

Dieses Dokument bedarf wirklich keines Kommentars. Es ist so schäbig, daß man versucht ist, sich für die Reichsbahngesellschaft zu schämen. Es zeigt aber auch, wie unwahr die Stellungnahme der Reichsbahngesellschaft ist, wenn sie dem Reichsarbeitsministerium gegenüber so tut, als wäre der Schiedsspruch für sie unerfüllbar.

Protest der Bankangestellten.

Gegen die Machenschaften der Banken.

Der Reichsverband der Bankleitungen versucht mit allen Mitteln die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 23. Dezember zu hintertreiben. Durch Eingaben an das Reichswirtschafts- und Finanzministerium und das Reichsbankdirektorium versuchen sie zu beweisen, daß eine Erhöhung der Bankangestelltengehälter um vier Prozent und eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie es durch den Schiedsspruch vom 23. Dezember festgelegt wird, für das Bankgewerbe „völlig untragbar" sei. Wenn man den Bankbetrieb wirklich rationalisieren will, müßte man vor allem dazu übergehen, den völlig überbesetzten Apparat der Bankleitungen zu vermindern. Bei den Gehältern der Bankdirektoren, die zwischen 600 000 M. und 1 200 000 M. jährlich liegen, könnte man mit der Sparsamkeit zuerst beginnen.

Die Gehälter der Privatbankangestellten liegen weit unter denen der Reichsbankangestellten. So bekommt z. B. ein junger Bankangestellter 131 M. Monatsgehalt, das sind 58 Proz. seines Vorkriegsgehalts. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die Bankangestellten seit April vorigen Jahres keine Gehaltsaufbesserung erhalten haben, sind diese 4 Proz. Zulage noch nicht einmal ein Ausgleich für die inzwischen verteuerte Lebenshaltung. Die Banken sind von allen Unternehmungen am ehesten in der Lage, eine so geringe Gehaltserhöhung zu tragen.

In einer überfüllten öffentlichen Versammlung in den Sophiensälen am Donnerstag nahmen die Bankangestellten zu der Gehaltsbewegung Stellung. Die Vorsitzenden Marx und Emonts gaben noch einmal ein anschauliches Bild von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen. Sie kritisierten besonders scharf die vom Reichsverband der Bankleitungen über das Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium versuchte Beeinflussung des Reichsarbeitsministeriums.

Göring vom AfA-Bund versprach, sich dafür einzusetzen, daß sich mit dieser dunklen Angelegenheit ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß beschäftige, um die Beziehungen der Unternehmer zu den Reichsministerien aufzudecken. Nach einer eingehenden, sehr sachlichen Diskussion gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

„Die am 14. Januar in den Sophiensälen zu Berlin zahlreich versammelte Berliner Bankangestelltenschaft erhebt mit aller Entschiedenheit gegen die unlauteren Machenschaften, mit denen der Reichsverband der Bankleitungen die Verbindlichkeitserklärung des Tarifschiedsspruches vom 23. Dezember 1925 zu hintertreiben versucht, energischen Protest. Die Versammlung stellt fest und bedauert es außerordentlich, daß der Reichsarbeitsminister schon einmal die ihm durch das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium auf Veranlassung des Bankenverbandes übermittelten falschen Informationen für bare Münze genommen und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 3. November 1925 abgelehnt hat.

Die Versammlung fordert dringend von dem Reichsarbeitsminister, daß er den erneuten gleichen Versuch des Bankenverbandes entschieden zurückweist, indem er den an sich durchaus unzulänglichen Schiedsspruch vom 23. Dezember 1925 verbindlich erklärt.

Gleichzeitig aber fordert die Versammlung die Spitzenorganisationen und die Arbeiterparteien auf, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Reichstage zu verlangen, damit endlich die sonderbaren Fäden und Beziehungen, die sich vom Bankenverband zu den verschiedenen Ministerien spinnen, gründlich aufgedeckt und restlos klargestellt werden.

An die gesamte deutsche Bankangestelltenschaft aber richtet die Versammlung den dringenden Appell, durch restlosen Zusammenschluß im Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Interessen der deutschen Bankangestelltenschaft nicht mehr durch die Intrigenpolitik des Bankenverbandes bedroht werden können."

Wichtige Verhandlungen im englischen Kohlenbergbau

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kohlenkommission war es am Mittwoch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation im Bergbau, Williams, und dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Herbert Smith gekommen, der sich gegen die Ungeheuerlichkeit wandte, daß zwar die Auszahlung von 6 Millionen Pfund Sterling jährlich an die Unternehmerorganisation von dieser nicht beanstandet werde, dafür aber die ohnedies niedrigen Bergarbeiterlöhne weiter gedrückt werden sollen.

Die öffentlichen Verhandlungen der Kohlenkommission erreichten ihren Höhepunkt in der Donnerstagsitzung, in der Professor Tawney von der Universität London im Namen des Bergarbeiterverbandes den Plan der Bergarbeiter für die Reorganisation der Industrie überreichte. Die Denkschrift der Bergarbeiter erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie nicht nur den Vorschlag der Bergarbeiter darstellt, sondern auch die Billigung des Generalrats der Gewerkschaften, der Exekutive der Arbeiterpartei und der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei gefunden hat. Das wesentlichste Merkmal des ausgearbeiteten Planes ist, daß er sich nicht nur auf eine Umbildung und Nationalisierung des Kohlenbergbaus beschränkt, sondern eine Zusammenfassung der gesamten Kraftunterlagen der britischen Wirtschaft vorsieht. Dies wird in dem zusammenfassenden Schlußsatz der Denkschrift wie folgt formuliert: „Die Kohlenindustrie muß eine Organisation für den Kohlenbergbau, die Erzeugung elektrischer Kraft, Koks und rauchloser Feuerung, Gaserzeugung, Heizöl, Ammonium und anderen Nebenprodukten werden."

Zur organisatorischen Durchführung dieses Planes sind eine Reihe von Körperschaften vorgesehen, denen die Gesamtleistung übertragen werden soll: Eine Kraft- und Transportkommission, der die Kontrolle über die gesamten Kraftanlagen und Transportorgane der Wirtschaft unterstehen soll; ein Produktionsrat, dessen Aufgabe die Schaffung der besten technischen Organisationen ist, ein Konsumentenrat, und eine Kohlenausfuhrkommission. In der Aussprache betonte Professor Tawney, daß diese Zusammenfassung keineswegs eine Sozialisierung sämtlicher diesen Organen unterstehenden Industrien bedeuten, daß sie aber ein Minimum bureaukratischer Kontrolle mit einem Maximum an Leistungsfähigkeit verbinden würde.

Knappschaftswahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie nunmehr feststeht, erhielt der alte Bergarbeiterverband bei den Knappschaftswahlen für den Saarbergbau 100, die Christlichen erhielten 64 Mandate, und 8 befinden sich noch in der Stichwahl. Dem Bergarbeiterverband war es möglich, trotz einer, von den Christlichen unter starker Heranziehung außersaarländischer Kräfte in den letzten Wochen betriebenen, ziemlich demagogischen Agitation, sein bisheriges Uebergewicht im Knappschaftswesen des Saargebietes zu behalten.

Verstaatlichung der amerikanischen Bergwerke?

New York, 14. Januar. (EP.) Nach einer Meldung aus Washington ist Präsident Coolidge zwar über das Scheitern der Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks sehr enttäuscht, lehnt aber noch wie vor jedes Eingreifen ab, solange nicht alle anderen Mittel erschöpft sind. Im Repräsentantenhaus brachte ein demokratischer Abgeordneter einen Gesetzentwurf ein, der den Präsidenten Coolidge ermächtigen soll, die Bergwerke zu übernehmen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Mehrheit für diesen Antrag. Inzwischen hat der Gouverneur Pinchot das Parlament des Staates Pennsylvania zu einer außerordentlichen Sitzung zur Beilegung des Streiks einberufen. Er hat den Antrag gestellt, die Anthrazitgruben zu lebenswichtigen Betrieben zu erklären und unter Staatskontrolle zu stellen. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, Lewis, hat sich zu dem im Streikkomitee gefaßten Beschluß, die Notstandsarbeiten in den 828 stilliegenden Gruben einzustellen, noch nicht geäußert. Nach Ansicht beider Parteien ist damit zu rechnen, daß der Streik noch den ganzen Winter über andauern wird.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eßlorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Trotz unserer enorm billigen Preise

geben wir von **Freitag, den 8. Januar, bis Sonnabend, den 23. Januar,** auf sämtliche Waren

10% in bar welche an der Kasse in Abzug gebracht werden

Einige Beispiele unserer billigen Preise:

Porzellan

Speiseteller tief und flach, glatt	0.35
Speiseteller Feston, tief und flach	0.45
Frühstücksservice 5teilig, bunt	1.25
Frühstücksservice 5teil., mod. eckig. Form.	2.45
Kaffeeservice 9teilig, Kantendekor	4.95
Kaffeeservice 15teilig, für 12 Personen, Kantendekor	11.50
Tafelservice 77teilig, für 12 Pers., blaue Kante	75.—
Obertassen gute Ware 12 Stück	1.—

Emaille

Wanne rund, 36 cm	1.15
Eimer 28 cm	0.95
Eimer weiß, schwer	1.55
Wasserkessel mit Sack, 20 cm	1.95
Leitungsschoner weiß	1.45
Kehrschaufel weiß	0.80
Kasserolle mit Ring von	0.70
Mülleimer mit Deckel	2.95

Wirtschaftsartikel

Brotkasten eckig, hübsche Dekore	2.95
Zwiebelbehälter lackiert	0.00
Kaffeemühle Holz	1.95
Wandkaffeemühle gutes Werk	3.95
Soling. Bestecke mit schwarz. Heft, durchgeh. Paar	0.95
Alum.-Töpfe mit Deckel und Isoliergriff, Satz 4 Stück	7.75
Brotkörbe oval	0.65
Aluminium-Eßlöffel	0.10

Glas

Sportlikörgläser auf hohem Fuß	0.35
Weingläser	0.35
Glasschüsseln 23 cm, Oliven	0.85
Bierbecher glatt	0.15
Bierbecher gold	0.23
Sturzflasche mit Glas	0.45
Teebecher Mattband	0.15
Kuchenteller 31 cm	1.45

Auf obige billige Preise geben wir noch 10 Prozent in bar!

Beachten Sie die Preise in unsern Schaufenstern!

WALTER MICHELSON G. m. b. H. Neukölln / Bergstraße 44-45

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstraße 3, Laden. Dönhoff 292—297.
*Zentrum: Ackerstr. 174 am Koppenplatz. Nord. 121 35.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße.
*Süden: Bärwaldstr. 47, an der Gneisenaustraße. Mpl. 9238. Prinzenstr. 31, Hof rechts parterre.
*Osten: Markusstr. 30. Alex. 9735.
* „ Petersburger Platz 4. Alex. 9734.
*Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Mpl. 894.
*Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Alex. 9736. Carmen-Sylva-Str. 37, Gillmann.
*Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Hansa 4065. Huttenstr. 67 bei Bitterling.
*Wedding: Müllerstr. 34, Ecke Utrechter Str. Hansa 4094.
*Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wolliner Str. 9. Humboldt 7873.
*Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Humboldt 7874.
*Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Humb. 7805.
Adlershof: Frl. Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Alt-Glienicke: Stomronski, Grünauer Str. 68.
Baumschulenweg: Strahl, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Bergfelde: Tilch, Hohenneuendorfer Straße.
Biesdorf-Nord: W. Dannebera, Viktoriastr. 11.
Biesdorf-Süd: Georg Winkler, Fortuna-Allee 40.
Birkenwerder: Frau Kaar, Berkfelder Str. 6.
Bohnsdorf: Karl Kuske, Eichbuschstr. 8.
Borgsdorf: Hans Toppel, Siedlung IV.
Borsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 32, v. 3 Tr.
Buchholz-Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 63.
Cablow, Senzig, Niederlehme, Neue Mühle, Fernsdorf: Jäkel, Cablow, Mühlenweg 59.
Caputh: Meyer, Potsdamer Str. 54.
Charlottenburg I: Gelenheimer Str. 1. Steinpl. 4136.
*Charlottenburg II: Eisfeld, Tauroggener Str. 11. Wilhelm 7798.
Charlottenburg III: Joachimi, Kaiserdamm 96, Eingang Nogatstraße.
Charlottenburg IV: Pufeniak, Augsburger Straße 47, Portier.
Charlottenburg V: Schulz, Dranienstr. 12, I. Garth. III.
Charlottenburg VI: Treptow, Schillerstr. 65, v. IV.
Döberitz: Dittfeld, Buchhandlung am Bahnhof.
Erkner: Polke, Flakenstr. 9.
Eichenau: Kraeske, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gutenstädtstr. 18.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Wilinski, Fredersdorf, Arnhtstraße.
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 29, Ecke Rönnebergstraße. Rheingau 9064.
Friedrichshagen: Mittenzwei, Linden-Allee 14.
Frohnau: Adolf Kurlies, Hermsdorf, Schloßstr. 8.
Grünau: Pflüner, Köpenicker Str. 105.
Halensee, Grunewald, Eichkamp: Frau Raack, Kiosk Henriettenplatz. Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Goldbach, Niederschönhausen, Schloßallee 43.
Hennigsdorf: Frau Korbalinski, Rathenaustr. 3.
Hermsdorf: Gustav Schlee, Moltkestr. 11.
Hohenneuendorf: Frau Neuendorf, Berliner Str. 28.
Hohenschönhausen: Martha Thiele, Berliner Str. 133.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 119.
Johannisthal: Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.
Karlshorst: Berndt, Kiosk, Bahnhofsplatz.
Kaulsdorf: Vogt, Bredereckstr. 19.
Königswusterhausen: E. Meyer, Potsdamer Str. 9.
Köpenick, Hirschgarten, Mahlsdorf-Süd: Schlag, Köpenick, Kietzer Str. 6 (Laden).
*Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Lichtbg. 1536.
*Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Boxhagener Straße 62. Alex. 9737.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185. Laden.
Lichtenrade: Brink, Bahnhofstr. 24a.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: G. Wenzel, Lankwitz, Kiefernstraße 15. Tel.: Lichterfelde 5103.
*Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 13. Lichterfelde 3108.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 148.
Neuenhagen: Wenzke, Ah...str. 71.
*Neukölln I: Neckarstr. 2. Neukölln 5707.
*Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29. Neukölln 5706.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 40, v. I.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 82. Neuk. 2550.
Neu-Schulzendorf: Wilhelm Kuhl, Brunostr. 77.
Niederschöneweide: Friedrich Stankewitz, Spreestraße 4, v. III.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 18.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Wilhelminenhofstr. 44a.
Pankow: Rikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Reiniger, Waldemarstr. 27 v. II.
Rahnsdorf: Urbaniak, Rahnsdorf Mühle, Hohenzollernstr. 136.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Bahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-West: Bendt, Scharnweberstr. 114, Volkshaus.
Rosenthal: Max Dehmel, Schillerstr. 13.
Rudow: Otto Kaiser, Waltersdorfer Chaussee.
Rüdersdorf, Kalkberge, Tasdorf: Adolf Goerke, Kalkberge, Rhebenstr. 13.
Sadowa, Kaulsdorf-Süd: Henschke, Kaulsdorf-Süd, Waldstraße 66.
Schmargendorf I: Rehab, Breite Str. 8.
Schmargendorf II: Frau Schröder, Cunostr. 60.
*Schöneberg: Belziger Str. 27. Stephan 7400.
Siemensstadt: Stenzel, Brunnenstr. 6, v. I.
Spandau: Alfred Kulian, Klosterstr. 5a.
Staaken: Bölkel, Eichenwinkel 18.
Steglitz: Frost, Schadenruie 2.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Tegel, Tegelort: Spiek, Tegel, Schlieperstr. 52.
Teltow: Häsel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Harsdorf, Werderstr. 31 v. pt. — Neutempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 5.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Kehler, Graetzstr. 50.
Waldmannslust: Rohde, Oranienbamm 10.
Wannsee: Schmidt, Kleine Seestr. 16.
Weißensee: Reinknecht, Roelckestr. 175, v. I. Weißensee 978.
Wildau, Hoherlehme: Rud. Lettow, Hoherlehme, Chausseestr. 66.
Wilmersdorf I: Schubert, Wilhelmsaue 77, Hof I.
Wilmersdorf II: Frau Schwetlin, Uhlandstr. 40/41, Garth. I.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 81.
Wittenau: Sibell, Hauptstr. 63.
Waltersdorf: Fritz Erdmann, Eichendamm 22.
*Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 3. Zehlendorf 1853.
Zeuthen, Miersdorf: Ad. Behling, Bahnstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.

Die mit einem * versehenen Ausgabestellen sind nachmittags von 3—4 Uhr unter der angegebenen Nummer telephonisch zu erreichen.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Einladung

zur außerordentlichen Sitzung des Ausschusses am 22. Januar 1926, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Robert Köhn, Normannenstraße 18, Ecke Rudolf Reuschstraße.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. 2. Satzungsänderungen. 3. Kassenangelegenheiten.

Beschwerden, welche die Einsichtnahme in die Bücher notwendig machen, sind der Verwaltung 3 Tage vorher bekannt zu geben.

Der Vorstand.
D. Seifel, Vorsitzender.

Spezialbehandl. für **Ischias** in frischen, [illegible] und Folg., wenn Ursl. [illegible] In 8 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. [illegible] Ärztl. empfohlen. [illegible]

Zahnpraxis „Ohly"

Ansbacher Str. 52 (am Wittenberg-Platz)
Tel.: Stefanplatz 15122.

Garantie für kunstgerechte Anfertigung von Zahnersatz, Plomben in Porzellan, Gold, Kronen und Brücken. Schonendste Behandlung. Mäßige Preise. — Evtl. Teilzahlung.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!**

Bähr-Stiefel
(früher Bärenstiefel)
haltbarster
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Spittelmarkt 7

Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Klassiker-Ausgaben
des Volksbühnen-Verlages

Goethe 6 Bände / Schiller 4 Bände
Shakespeare 6 Bände
Hebbel 4 Bände / Grabbe 2 Bände
Lessing 2 Bände

Buchhandelspreis M. 4.25 p. Band, für unsere Leser
Vorzugspreis M. 3.- p. Band
Zu beziehen durch sämtliche Ausgabestellen des „Vorwärts".

INVENTUR Schluß-Verkauf
des enorm billigen
AUSVERKAUFS

Jetzt kaufen Sie **noch außergewöhnlich günstig! Ueberzeugen Sie sich!**

Jeder Käufer erhält für einen bezahlten Kassenzettel über M. 5.— **1 Luftballon gratis!**

Kaufhaus Heyn & Goldschmidt Danziger Str. 98
Ecke Pappelallee, am Hochbhf. Danziger Str.